



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote 08/2015

**Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich freue mich, hier zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause in Berlin die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können und darin meine politische Arbeit der letzten Wochen für Sie/für Euch zu dokumentieren:

Griechenland

Wir haben im Bundestag unsere Zustimmung erteilt, dass über ein Rettungspaket für Griechenland verhandelt werden darf. Mir war dabei wichtig, dass wir einerseits helfen, denn die Zustände der griechischen Bevölkerung sind dramatisch. So können etwa Kinder nicht mehr behandelt werden und sterben, weil wichtige Medikamente fehlen. Andererseits können wir natürlich nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag Milliardenbeträge nach Griechenland überweisen. Es gibt deshalb eine klare Verpflichtung der Griechen, im Gegenzug für weitere finanzielle Hilfen ihr Staatswesen grundlegend zu modernisieren. So wird es nur Hilfgelder geben, wenn eine Steuerfahndung eingerichtet wird, wenn funktionierende Grundbuchämter geschaffen werden, wenn das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht wird und vieles mehr. Diese Verknüpfung, dass es Hilfen nur gegen Gegenleistung gibt, ist sinnvoll, denn es geht hier immerhin um Steuergelder in Milliardenhöhe. Genauso wie ein Häuslebauer seine Handwerker nur nach Baufortschritt bezahlt, wird es finanzielle Hilfen nur gegen Reformschritte geben.

Zur Lage der Flüchtlinge

Die Flüchtlingssituation ist dramatisch. In diesem Jahr werden über 500.000 Flüchtlinge zu uns kommen. Es sind Menschen, die vor Krieg oder Armut flüchten. Hier müssen wir uns genau den Handlungsbedarf anschauen: Für diejenigen

Flüchtlinge, die politisch verfolgt sind, müssen wir viel mehr Deutschkurse anbieten. Auch sind die Gemeinden und Kreise finanziell überfordert, weshalb die SPD will, dass sämtliche Kosten der Flüchtlinge von der Unterbringung bis hin zur Gesundheitsvorsorge vom Bund getragen werden. Es darf keine Konkurrenzsituation eintreten, dass wichtige kommunale Investitionen nicht erfolgen können, weil Finanzmittel für Flüchtlinge benötigt werden.

Insbesondere aus Südosteuropa kommen viele Menschen zu uns, die aus bitterer Armut fliehen, aber eben nicht politisch verfolgt sind. Um die Asylverfahren insbesondere dieses Personenkreises schneller beenden zu können, wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2000 neue Stellen erhalten, weil es für alle Beteiligten das Beste ist, wenn schnell feststeht, ob jemand bei uns wegen politischer Verfolgung bleiben kann oder abgeschoben werden muss.

Als dritte Maßnahme brauchen wir ein Einwanderungsgesetz. Denn vor dem Hintergrund des demographischen Wandels benötigen wir dringend Arbeitskräfte. Wenn Menschen zu uns kommen wollen, die wir auf unserem Arbeitsmarkt dringend benötigen und gebrauchen können, dann sollte diesen Menschen die Chance zur Zuwanderung gegeben werden, auch wenn keine politische Verfolgung vorliegt. Leider blockiert die CDU dies (auch zum Ärger der Wirtschaft!) und es bleibt abzuwarten, bis Angela Merkel auch in dieser Frage umfällt und auf unseren Kurs umschwenkt.

Debatte zur Sterbehilfe

In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause haben wir im Bundestag mehrere Anträge von Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen zur Regelung der Sterbehilfe debattiert. Ein Grundkonsens besteht darin, dass es in Deutschland nicht zu einer Situation, wie in der Schweiz kommen darf, wo Sterbehilfe zu einem Geschäftsmodell gemacht worden ist. Die Initiative des früheren Hamburger Justizsenators Roger Kusch, ein ähnliches Modell wie in der Schweiz in Deutschland zu etablieren, wird zur Zeit gerichtlich überprüft. Der entscheidende Punkt für mich ist, dass Ärzten, die nach einer Gewissensentscheidung und in Orientierung an ihren Standesregeln, schwerstleidenden Patienten ein würdiges Lebensende ermöglichen wollen, nicht unter Strafandrohung gestellt werden sollten. Aus rechtlicher Sicht ist es daher für mich wichtig, dass geschäftsmäßige Suizidhilfe unterbunden wird. Ärzte handeln nicht nur geschäftsmäßig, sondern immer auch im juristischen Sinne gewerblich, da sie ihren Beruf gegen Entgelt ausüben. Bei einer Strafbarkeit gewerblicher Sterbehilfe wäre somit auch ein Arzt, der seinem todkranken Patienten ein tödliches Mittel zur Verfügung stellt, um diesem zu erleichtern, mit seiner Angst vor Schmerzen weiter zu leben, davon erfasst. Genau dies finde ich aber falsch. Deshalb, und weil ich die aktuelle Rechtslage in Deutschland für ausreichend halte, werde ich keinem Antrag zustimmen. Zu diesem Thema hat der SWR mit mir im Bundestag einen Beitrag gedreht, der hier in der Mediathek ab Minute fünf zu sehen ist: <http://swrmediathek.de/player.htm?show=342f44d0-20e9-11e5-8678-0026b975f2e6>

Neue Transparenz bei Rüstungsexportgenehmigungen

Sigmar Gabriel hat als zuständiger Bundeswirtschaftsminister mit dem 16. Rüstungsexportbericht neue Standards gesetzt. Die Bundesregierung berichtet nun vor der Sommerpause des Folgejahres über Rüstungsexportgenehmigungen. Zudem wird das Parlament innerhalb von zwei Wochen über positive Entscheidungen des Bundessicherheitsrates unterrichtet. Diese verbesserte Berichtssituation war eine Forderung der SPD bei den Koalitionsverhandlungen und ist so im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Zurückhaltung bei Exportgenehmigungen durch Sigmar Gabriel. Im Jahr 2014 ist der Gesamtwert der Rüstungsexporte um ca. 1,8 Mrd. Euro gesunken.

Forderung nach Gesetz für Schmerzensgeldzahlungen an Hinterbliebene von Unglücken

Im Zusammenhang mit der tragischen Germanwings-Katastrophe, gab es in der letzten Woche eine öffentliche Diskussion zur Entschädigung der Hinterbliebenen. Ich habe mich in dem Zusammenhang nochmals dafür ausgesprochen dass wir – ähnlich wie in anderen europäischen Ländern – einen Rechtsanspruch auf Hinterbliebenenschmerzensgeld für diesen und vergleichbare Fälle in einem Gesetz regeln müssen, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden sollte. Mein Statement ist im ZDF-Morgenmagazin in der Mediathek zu sehen:

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/446#/beitrag/video/2455022/Trauerfeier-f%C3%BCr-Germanwings-Opfer>

Umfahrung Winden kommt!

Ein jahrzehntelanger Kampf kam in der vergangenen Woche zu einem guten Ende: Bei einem Treffen im Verkehrsministerium hat Verkehrsminister Dobrindt mitgeteilt, dass die Baufreigabe für Winden erteilt wird und 68 Millionen € in den Bundeshaushalt eingestellt werden. Damit ist die Gesamtmaßnahme finanziert und nach dem normalen Gang der Dinge wird es 2016 den Spatenstich geben. Ich freue mich sehr, dass diese wichtige Baumaßnahme nun endlich kommt, nachdem die Union über Jahre andere Projekte vorgezogen hat und als wichtiger erachtete.



Von Verkehrsminister Dobrindt konnte ich in Berlin die Nachricht von der Baufreigabe für die Ortsumfahrung Winden persönlich entgegennehmen.

Gespräch mit Kenzinger Schülern

Am 2. Juli traf ich vor dem Reichstag an einen schönen Berliner Sommertag Schüler der 10. Klasse des Gymnasiums Kenzingen zu einem Informationsgespräch über meine Abgeordnetentätigkeit und aktuelle politische Themen. Dabei ging es auch um Griechenland, die Zukunft Europas und das Thema Sterbehilfe.



Deutscher Verbrauchertag

Als Vorsitzender der AG Recht und Verbraucherschutz der SPD-Bundestagsfraktion war ich von der Verbraucherzentrale Bundesverband zum Deutschen Verbrauchertag eingeladen. Hauptrednerin war Bundeskanzlerin Merkel. Ich habe an der Podiumsdiskussion teilgenommen, die sich diesmal mit Fragen der „Sharing Economy“ befasste. Vor allem bei über das Internet organisierten Dienstleistungen und Übernachtungsbuchungen, wie Airbnb und Uber sind noch einige rechtliche Haftungsfragen offen.



Foto: Verbraucherzentrale Bundesverband

Bis zum Erscheinen des nächsten Berliner Boten im September wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine erholsame Sommerpause.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB